

Um den Achtstundentag.

Genf, 23. Mai. Der französische Arbeitsminister und sein belgischer Kollege werden im Verlauf dieser Woche in Genf erwartet. Ihr Aufenthalt dürfte nicht nur der Teilnahme an der Internationalen Arbeitskonferenz gelten. Es ist vielmehr, wie der Korrespondent des „Eos, Pressedienstes“ erfährt, mit einer neuen Konferenz der Arbeitsminister zu rechnen, die sich mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens beschäftigen soll. Es heißt, daß die englische Regierung bereits entsprechende vertrauliche Einladungen an Deutschland und Italien gesandt hat. Von dem englischen Arbeitsminister wird angenommen, daß er in nächster Zeit in Berlin eintreffen wird, um mit Dr. Brauns die Teilnahme an der neuen Konferenz zu besprechen.

Die Augen der gesamten organisierten Arbeiterschaft werden sich bei Beginn der neuen Konferenz wieder auf Genf richten, das nun schon seit Jahren der Ort ist, wo man sich um eine internationale Regelung der Arbeitszeit bemüht. Was wird die neue Zusammenkunft der vier Arbeitsminister bringen? Wird man zu einer endgültigen Regelung dieser für das kulturelle und soziale Niveau der Arbeiterschaft so entscheidenden Frage kommen? Wird das Deutsche Reich endlich seine Unterschrift unter den Vertrag setzen, oder wird man auch diesmal nicht zu einem Abschluß kommen?

Das Washingtoner Abkommen, das die Basis auch für die kommenden Verhandlungen bildet, will den Achtstundentag in den beteiligten Ländern gesetzlich festlegen. England, Frankreich und Belgien haben durch ihre Vertreter immer wieder erklärt, daß sie zu einer Unterzeichnung bereit sind, wenn Deutschland seine Unterschrift gibt. Bisher aber hat sich die deutsche Regierung bemüht, durch besondere Abmachungen die Möglichkeit der Verlängerung des Achtstundentages zu erreichen. Man wollte den § 14, der im Falle eines Krieges oder der Gefährdung der nationalen Sicherheit eine Durchbrechung des Abkommens vorsieht, für Deutschland in Verbindung bringen mit den Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan, der uns angeblich zu größerer Kräfteanstrengung zwingen soll als andere Volkswirtschaften. Indessen beweisen sowohl Frankreich durch seine Aufbauarbeit in der früheren Kriegszone und England durch die Veröffentlichungen von ausführlichen Produktionsstatistiken, daß Arbeitszeit mit Produktionshöhe, daß also Arbeitszeit mit der Abdeckung der Reparationslasten nichts oder nur sehr wenig zu tun hat. Immer und immer wieder wurde die Reichsregierung deshalb von offiziellen und inoffiziellen Stellen, z. B. auch von den ausländischen Gewerkschaftsverbänden, zur Unterzeichnung gedrängt — aber bisher vergeblich.

Seit dem Herbst 1924 scheint eine größere Bereitschaft zur Ratifizierung durch die deutsche Regierung vorzuliegen. Das Ergebnis der letzten Konferenz der Arbeitsminister im September vorigen Jahres war vorderhand durchaus befriedigend. Der damalige und heutige Arbeitsminister stellte gemeinsam mit den Vertretern der drei anderen Länder fest, „daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlinie des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Grundlinie des Achtstundentages zu gelangen. Die meisten dieser bestehenden Auslegungsschwierigkeiten seien nunmehr prinzipiell beseitigt und man habe den Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu gelangen.“

Die Arbeiterschaft der beteiligten Länder atmete damals auf, die Hoffnung auf eine Beschleunigung der bisher träge sich dahinschleppenden Verhandlungen war erwacht, das Ziel des internationalen Normalarbeitstages, das alte Ziel der organisierten Arbeiterschaft der ganzen zivilisierten Welt, schien bald erreichbar.

Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob diese Hoffnung berechtigt war. Der Standpunkt der Alliierten hat sich in dieser Frage nicht geändert; sie sind zur Unterzeichnung nach wie vor bei der Beteiligung Deutschlands bereit. Es wird alles von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Unterschrift abhängen. Hier muß es sich zeigen, ob Dr. Brauns seinen Stand-

punkt vom Herbst vorigen Jahres geändert hat oder nicht. Steht er zu seinen Worten, dann ist die endgültige Ratifizierung nur noch eine Frage von Wochen. Verzichtet er aber unter dem Druck des deutschnationalen Einflusses in der Regierung darauf, seiner Auffassung von damals nun auch endlich zu entsprechen, dann muß er des schärfsten Kampfes der deutschen Arbeiterschaft gewiß sein. **Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Kampf unter Ausnutzung aller verfassungsmäßigen Mittel schließlich zu einem Siege der Arbeiterschaft führen wird.**

(Nach der „Bremer Volkszeitung“.)

Sechs Monate Arbeit für trodenes Brot.

Die Regierung trägt sich bekanntlich mit dem Plan, unerhört hohe Mehlzölle einzuführen. Wie sich der Mehlzoll auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auswirken muß, zeigt folgende Berechnung: Roggenmehl kostet heute etwa 30 Mark und Weizenmehl 38 Mark pro 100 Kilogramm. Das ergibt einen Durchschnitt von etwa 34 Mark. Für das Jahr 1925/26 soll nun der Mehlzoll nach den Plänen der Regierung 8,50 Mark betragen. Die Regierung nennt diesen Zoll den ermäßigten Mehlzoll, obwohl er 25 Prozent des Wertes der Ware ausmacht. Nun beträgt der Mehlverbrauch in Deutschland durchschnittlich 10 bis 11 Mill. Tonnen, also auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet etwa 460 Gramm Mehl bzw. 1 1/4 Pfund Brot am Tage oder etwa 170 Kilogramm Mehl bzw. 225 Kilogramm Brot einschließlich Grieß, Teigwaren, Nahrungsmittel, Kuchen, Keks usw. im Jahr. Der Zoll wird an der Grenze erhoben und nicht beim Bäcker. Der Zoll bildet demnach für die Ware eine Art Unkosten wie die Fracht und sonstigen Spesen und wird ein Teil des Mehlpreises. Rechnet man nun für den Mehlimporteur 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer, 1 Prozent Courtagen und 2 1/2 Prozent Bruttoerdienst und für den Zwischenhändler 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer und 3 1/2 Prozent Bruttoerdienst, so sind das 10 Prozent vom Verkaufspreis. Der Bäcker muß gleichfalls Umsatzsteuer bezahlen und sein Verdienst kann mit etwa 13 1/2 Prozent brutto veranschlagt werden. Das sind 15 Prozent. Bei dem Brothändler entstehen nochmal 15 Prozent. Bei dem Bäcker und bei dem Brothändler entstehen die Unkosten aber nicht beim Mehlpreis, sondern beim Brotpreis, so daß diese prozentualen Zuschläge nicht vom Hundert, sondern im Hundert zu rechnen sind. Wenn das verzollte Mehl verboden ist, beträgt dadurch der Zoll nicht mehr 8,50 Mark, sondern 13,50 Mark. Die Differenz liegt darin, daß in dem Brotpreis 5 Mark mehr Zoll steckt, als in dem Mehlpreis. Wenn man davon ausgeht, daß 100 Kilogramm Mehl 130 Kilogramm Brot ergeben, fallen 10,3 Pfennig oder nach unten abgerundet 10 Pfg. auf 1 Kilogramm Brot. Der Jahresverbrauch von 225 Kilogramm aus Brotgetreide hergestellter Nahrungsmittel ergibt also eine Belastung von 22,50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

Ein Durchschnittsarbeiter mit Frau und 3 Kindern, wie statistisch gewöhnlich den Berechnungen zugrunde gelegt wird, und der wöchentlich 2,20 Mark für den Zoll auf das Brot ausgeben müßte, verdient netto heute etwa 27 Mark pro Woche, so daß er den 12. Teil seines Lohnes allein für den Brotzoll ausgeben muß. Das Brot selbst ist infolge der heute um gut 50 Prozent höheren Getreidepreise auch ohne Zoll schon viel zu teuer, so daß der Arbeiter mit Familie 4-5 Monate des Jahres überhaupt nur für das trodene Brot für sich und seine Familie zu arbeiten hat. Kommt im nächsten Jahre noch die riesige weitere beantragte Zollerhöhung, so braucht er sechs Monate im Jahre, um nur das mit Zoll belastete Brot zu erarbeiten. Bei Kurzarbeitern und Erwerbslosen ist es natürlich noch viel schlimmer.

Obige Berechnung, deren Richtigkeit eine eingehende Ueberprüfung erwiesen hat, stammt nicht von uns, sondern von einem Unternehmerverband in der Hamburger Gegend. Sie steht in einer Denkschrift, die dieser Unternehmerverband der Reichsregierung überreicht hat. Ob die Regierung angesichts dieser Tatsache wohl noch den Mut hat, ihre Zollpläne zugunsten der Großagrarier durchzuführen?

Die Beendigung des Großkampfes in Dänemark.

Nach beinahe dreimonatiger Dauer ist der Kampf der dänischen Arbeiter erfolgreich beendet. Bekanntlich drehte sich dieser Kampf um reine Lohnfragen. Die Gewerkschaften forderten die Beibehaltung des bisherigen Systems der Lohnregulierung nach dem Preisindex und weiter Berücksichtigung einiger besonders niedrig entlohnter Gruppen von ungelerten Arbeitern. Während die Arbeitgeber in den meisten Berufen und Industrien nach langwierigen Verhandlungen eine Lohnerhöhung bewilligten, forderte der Arbeitgeberverein für die Metallindustrie erst eine 10prozentige Lohnherabsetzung. Diese Forderung wurde später fallen gelassen, aber die Metallindustriellen verweigerten jede Lohnerhöhung. Auch die Forderung der ungelerten Arbeiter lehnte der Arbeitgeberverein entschieden ab. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, erfolgte die Absperrung.

Während des ganzen Kampfes ist fast ununterbrochen verhandelt worden, entweder direkt zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen oder durch Vermittlung der staatlichen Schlichtungsbeamten. Trotzdem es während des Konfliktes vielfach den Anschein hatte, als stände der Kampf vor seinem unmittelbaren Abschluß, zögerten die Gewerkschaften keinen Augenblick, die schärfsten Waffen, wie Transport- und Seeleutrecht, in Anwendung zu bringen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Nachdem die Arbeitgeber der Metallindustrie sich gezwungen sahen, eine Lohnerhöhung von 3 Prozent zu bewilligen, sind die Arbeitgeber nun auch den Forderungen der ungelerten Arbeiter entgegengekommen und haben solche Zugeständnisse gemacht, daß der Hauptvorstand und das Verhandlungskomitee des Verbandes der ungelerten Arbeiter mit 26 gegen 17 Stimmen den Vermittlungsvorschlag der Schlichtungsbeamten annahm. Auch der Arbeitgeberverein stimmte diesem Vorschlag zu, der auch für die Zukunft eine halbjährliche Lohnregulierung nach dem Preisindex vorsieht.

Wenn der Kampf mit gutem Erfolg beendet werden konnte, dann ist dies in erster Linie auf den Opfermut und die Kampfbereitschaft der dänischen Arbeiter zurückzuführen. Nicht nur die ausgesperrten Arbeiter haben große Opfer gebracht, sondern auch die arbeitenden Mitglieder, die durch Zahlung von Extrabeiträgen von 8 bis 12 Kronen wöchentlich die Fortsetzung des Kampfes ermöglichten. Wir wünschen unseren dänischen Arbeitsgenossen von Herzen Glück zum siegreichen Ausgang ihres musterhaft geführten Kampfes.

Die Aufgaben des Verbandstages.

Schon immer ist unseren Verbandsstagen ein großes Interesse entgegengebracht worden. Wie der Wanderer, der sich einen Berggipfel zum Ziel gesetzt hat, mehrere Male eine Rast macht, um einen Rückblick und einen Ausblick zu nehmen, so ist es auch in der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften. Wenn wir zurückblicken, soll dies geschehen im Sinne des Lernens an Fehlern, die unsere Vorgänger gemacht haben, oder in dem Sinne der Aufopferung für deren Ideale. Und in diesem Sinne hat gerade unsere schwankende Zeit, die oftmals im Taumel sinnloser Vergnügungen ihr Elend zu ersäufen sucht, viel zu lernen.

Aber trotz alledem haben wir nicht nötig, zu verzagen. Das Wachstum unseres Verbandes war ein unnatürlich starkes. Am Beginn des Krieges zählten wir 34.000 Mitglieder, zur Zeit des leinsten Standes, nach der Inflation, wohl Geschäftsstriebe und kommunistischer Quartretreiber 49.000, also noch ein Gewinn von 15.000 Mitgliedern, hierzu noch 6000 bis 7000 Neugewonnene. Also trotz des Mitgliedsverlustes ist der Bestand gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen, er ist noch in weiterer Entwicklung begriffen. Was geflohen ist, das sind unsere bisherigen Schmerzenskinder. Der Stamm des Verbandes ist unverfehrt. Notwendig ist es, die Lehre daraus zu ziehen. Wir dürfen nicht ewig der Rorgelei über die angeblich hohen Beiträge Gehör schenken. Ein hoher Beitrag gewährt dem Verband die beste Sicherheit. Die Errungenschaften werden nun einmal nicht auf den Präsentierteller gelegt, sie müssen erkämpft werden, und dazu gehört eine Verbandskasse nicht etwa nur von Hunderttausenden, sondern von Millionen.

Aber nicht nur auf den Kampf müssen wir uns einrichten. Wir haben unsere Mitglieder zu schulen. Ich will nicht etwa der sachlichen Schulung den

Wert absprechen, betone aber, daß die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Schulung in erster Linie kommt. Dazu ist zunächst unsere „Buchbinder-Zeitung“ berufen. Es ist hohe Zeit, daß sie wieder regelmäßig achtseitig erscheint. Es wäre zu erwägen, ob nicht auch für die billigen Bücher des Gewerkschaftsbundes, der Bücherhilfe und des Bücherkreises eine rege Agitation einzulegen hätte. Vielleicht könnte man auch tätigen Kollegen auf Verbandstoffen etwas dazu bewilligen.

Wir haben unsere Mitglieder nicht nur für die Streiks zu rüsten und zu festigen. Nein, auch bei den Krisenerschütterungen normaler Zeiten, als da sind Erwerbslosigkeit und Krankheit, haben wir unsere Kollegen zu schützen. Es ist geradezu zu einer abgedroschenen Phrase geworden, daß die Unterstufungen der Gewerkschaften den Kampfscharakter der Verbände vermissen. Diese Phrase paßt ja den Puffschlitzen und Verelendungsphantasien wie angegossen. Eine Arbeiterkassette, die in allen Fällen der Not eine Stütze hinter sich hat, wird viel sicherer auftreten, wird sich aber auch nicht auf die Straße vor Maschinengewehre treiben lassen. Unser Verband hat von allem Anfang an sich für weitgehende Unterstützung eingesetzt, und wir dürfen wohl hoffen, daß der Verbandstag sich wird angelegen sein lassen, unsere Unterstützungseinrichtungen auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen. Im allgemeinen steht man der Wiedereinführung der Krankenunterstützung sehr feindselig gegenüber. Ich kann dieses begreifen. Unser Verband besteht zu zwei Dritteln aus weiblichen Mitgliedern, und gerade dadurch belastet diese Unterstützung unseren Verband. Aber wir müssen trotzdem Mittel und Wege finden, um dieser Katastrophe zu begegnen. Gerade im Krankheitsfall ist der Mensch am bedürftigsten und gerade hier wird die Lebenshaltung niedrig gehalten, um der Simulation begegnen zu können. Der Verband muß auch hier seinen Mitgliedern ein helfender Freund sein. In der Arbeiterbewegung regt es sich ganz allgemein, um sich das Gebiet der Arbeiterwohlfahrtspflege anzueignen: Der Mensch ist eben in allen Fällen genial, sich der Bewegung anzuschließen, die ihn im Fall der Not nicht im Stich läßt. Unser Endziel ist es, die Menschlichkeit auf den Thron zu erheben. Deshalb darf man auch das Unterstützungsweesen in den Gewerkschaften nicht nebensächlich behandeln.

Wir müssen bei allen unseren Aktionen und bei der Agitation betonen, daß wir mehr sind als bloße Tarifräppler. Man kann sich auch ganz gut vorstellen, daß einmal unsere Gewerkschaften so stark sind, daß Lohnkämpfe der Vergangenheit angehören. Wir müssen uns ganz offen dazu bekennen, unsere Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Organisations des demokratischen Sozialismus zu betrachten. Deshalb müssen wir uns schulen, um auch einmal die Gesellschaft der Zukunft leiten und verwalten zu können. Diesem Ziel dienen die gewerkschaftlichen Betriebsräte. Mittel und Wege zu finden, in unserem Verband, gemeinsam mit den graphischen Organisationen, dieses System zu verbessern und auszubauen, muß auch Aufgabe des Verbandstages sein.

Seit Jahren sehen wir einen neuen Gedanken sich durchdringen. Die einfache Organisation der Arbeiter soll befestigt werden, indem wir uns auch als Produzenten und Konsumenten zusammenschließen. Zunächst bahnt sich auch in Gewerkschaftskreisen die Idee der Produktivgenossenschaft einen Weg. Richtungsgebend ist hier der Bauergewerksbund, der in seinen Bauarbeitergewerkschaften (Bauarbeitergilden) schon über 20000 Arbeiter beschäftigt. Nehmen wir die Stärke dieser Organisation auf 500 000—600 000 Mitglieder, so können wir konstatieren, daß auf 30 Mitglieder ein Mitglied der Eigenbeschäftigten entfällt. Zugegeben, daß infolge des handwerksmäßigen Charakters in dieser Industrie die Verhältnisse besonders günstig liegen, so darf dieser Industriezweig nicht allein bleiben. Wir sehen doch heute schon Bahngewerkschaften wie Kosmos, Verband der Bucherfreunde, Urania, Bücherhilfe und Bücherkreis mit nahezu 1 Million Mitglieder insgesamt. Wir sehen den ungeheuren Bedarf an Büchern und graphischen Erzeugnissen in der Arbeiterbewegung überall. Sollte uns da nicht auch der Gedanke kommen einer großangelegten Produktivgenossenschaft der graphischen Arbeiter mit Einschluß einer Genossenschaftsbuchbinderei? Der Verband würde dadurch einen starken Rückhalt bekommen. Gemeinshaftskapital gegen Privatkapital wird die letzte Phase des kapitalistischen Zeitalters vor Beginn der sozialistischen Gesellschaft sein. Jedenfalls wird der Graphische Industrie-Verband auch diese Bahn weiter verfolgen müssen. Diesem Gedanken die Wege zu ebnen, müßte die Aufgabe unserer Verbandstage sein.

Die Entwicklung wird ihren Gang gehen, aber den Gang der Entwicklung zu fördern, das ist der Zweck unserer Arbeit. Der Verbandstag wird und muß Mittel und Wege finden, unseren Verband einem Höhepunkt entgegenzuführen. Mittel zu diesem Zweck ist der Ausbau des Unterstützungsweesens im Verband, voran muß die Stärkung des Verbandsvermögens gehen. Um die Gründung des Graphischen Verbandes wollen wir nicht betteln, noch sind wir selbst entwicklungs-fähig. Aber dieser starke Verband wird kommen, bereiten wir ihm die Wege.

Wer in einer schwankenden Zeit selbst schwankend gefinnt ist, der vermehrt das Unglück und verbreitet es weiter, wer aber fest auf seinem Sinn beharrt, der baut sich die neue Welt. C. J.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige

hat das 1. Quartal 1925 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Gesamteinnahme:	100 355,85 M. = 100,0 Proz.
Ausgabe für Leistungen:	73 298,86 M. = 73,0 Proz.
Referenzfonds überwiesen:	14 150,39 M. = 14,1 Proz.
G.-B.-Fonds überwiesen:	2 278,37 M. = 2,3 Proz.
Berf.-Verwaltung:	8 247,46 M. = 8,2 Proz.
Sächl. Verwaltung:	2 380,77 M. = 2,4 Proz.
Summa:	100 355,85 M. = 100,0 Proz.

An 26 mit 52 Wochen ausgesteuerte Mitglieder wurden aus dem G.-B.-Fonds insgesamt als besondere Unterstützung 1 255,00 M. überwiesen. Kassenbestand am 31. 3. 1925: 100 997,55 M. Bestand des G.-B.-Fonds: 9 410,00 M. Bestand des Sterbefallfonds: 50 728,46 M.

Zahl der Unterstützungstage:

Im Jahre 1924:	158 073
Im 1. Quartal 1925:	41 960

Berichte.

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 10. Juni nahm Stellung zu den vorliegenden Anträgen zum Verbandstag. Kollege Lange und Kohl referierten eingehend über die Anträge. In der Debatte wandte sich Büttner gegen eine Erhöhung der Beiträge, wenn nicht Lohnserhöhungen inzwischen erfolgen. Von einer weiteren Aussprache wurde auf Vorschlag aus der Versammlung Abstand genommen, da man der Kollegenheit erst Gelegenheit geben wollte, die erst kurz vorher zugeteilten Anträge einer Prüfung zu unterziehen. Eine Vertrauenspersonenversammlung soll dann nochmals darüber beraten.

Dann wurden die eingegangenen Wahlvorschläge bekanntgegeben. Dabei befinden sich auch zwei Vorschläge aus den uns zugeteilten Zahlstellen Großenhain und Zittau. Die Vertrauenspersonenversammlung hatte beschlossen, die Kandidaten nach der Reihenfolge der Nennung aufzustellen, demnach mußten die Kollegen aus Großenhain und Zittau, als zuletzt eingegangenen, an den Schluss der Liste kommen. Da aber diesmal nur eine Liste vorliegt, ist die Reihenfolge nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Dann wurden noch die Wahllokale und deren Belegung besprochen.

War die Versammlung bis dahin befriedigend verlaufen, so kam durch das Auftreten der Kollegin Zimmer ein unerfreulicher Ton hinein. Die Kollege war, daß ein großer Teil der Kollegenheit die Versammlung vor Schluss verließ. Die Kollegin Zimmer begann ihre Ausführungen mit der abgebrauchten Waise von den Ermächtigungsausschüssen und dem Verbot der Gewerkschaftsleitungen und erhob in schierer Darstelluna Bornwürde darüber, daß zunächst keine Kollegin mit auf die Kandidatenliste gesetzt worden sei und erklärte, diese Liste könne für sie nicht in Betracht kommen. Des weiteren wandte sie sich gegen den Ausschluß der Kollegin Ficker. Für Ueberstunden, die bei der Firma Enballagenwerte geleistet werden mußten, machte sie die verleihte Politik der Gewerkschaftsführer verantwortlich. Kollege Lange stellte unter dem Beifall der Versammlung die falschen Darstellungen der Kollegin richtig. Er betonte, daß die Gewerkschaftsleitungen auch unter den schwierigsten Verhältnissen bemüht waren, die Rechte der Arbeiterkassette zu wahren. Trotzdem die Kollegin Zimmer in der Vertrauenspersonenversammlung anwesend war und infolge dessen wußte, daß nur der Mangel an geeigneten weiblichen Funktionären die bedauerliche Ursache war, eine Kollegin diesmal nicht zum Vorschlag zu bringen, verurteilte sie auf die Art Stimmung gegen die Vorschläge zu machen. Aber die Kollegin Zimmer wußte auch, daß trotzdem die Kollegin M. Schulze in der Vertrauenspersonenversammlung mit auf die Liste gesetzt wurde. Die Ausschüsse Ficker und Weigmann mußten wegen verbandschädigenden Treibens derselben anlässlich des Kartonnagenstreikes erfolgen.

Nachdem noch verschiedene Redner den Ausführungen der Kollegin Zimmer entgegengetreten waren, stellten der Kollege Sommerich und die Kollegin M. Schulze, beide im Beirat der Firma Enballagenwerke, die von falschen Voraussetzungen ausgehenden Angriffe in bezug auf die Ueberstunden richtig.

Ein seltenes Jubiläum

fam in diesen Tagen unser Kollege Fritz Wiede in Hamburg begehen. Seit 25 Jahren fungiert er als Hauskassierer der Zahlstelle und seit gleichfalls 25 Jahren ist er als Beitragskassierer seiner Werkstube tätig. In unermüdlichem Fleiß hat er auch sonstige Arbeiten für die Zahlstelle ausgeführt, die ihn als schwache Gegenleistung und in Anerkennung seiner Aufopferung mehrfach mit Delegationen zu Gau- und Verbandstagen betraute. Wir sind mit der Zahlstelle Hamburg-Altona stolz darauf, daß Fritz Wiede einer der Unseren ist. Indem wir ihm für seine gewissenhafte und mühselige Arbeit auch an dieser Stelle herzlich danken, wünschen wir ihm und uns, daß er seine Tätigkeit noch recht lange weiter ausüben möge.

Ein ähnliches seltenes Jubiläum wird uns aus Braunschweig gemeldet. Am 10. Juni konnte unser Kollege Albert Hirschfeld auf eine 50jährige Tätigkeit in dem Betriebe der Welfirma Westermann zurückblicken. Der Jubilar wurde aus diesem Anlaß sowohl seitens der Firma wie auch natürlich von seinen Kollegen mit Ehrungen bedacht. Möge Kollege Hirschfeld noch recht viele Jahre sich seiner geistigen und körperlichen Frische erfreuen.

Literarisches.

Der Kleine Brodhans. Handbuch des Wissens. 1 Band. Jein Einzelleistungen. Verlag F. A. Brodhans, Leipzig. Preis für das Heft 1,90 M.

Den Weltausschlüssel kann man den Kleinen Brodhans nennen, das Handbuch des Wissens in einem Band, der soeben zu erscheinen beginnt. Die Kunst, Handbücher des Wissens in Formen zu bringen, wie sie das deutsche Volk entsprechend dem Fortschreiten von Wissen und Können nötig hat, ist gewissermaßen ein alter Erbstiel der Firma F. A. Brodhans in Leipzig. Deren Gründer hat vor mehr als hundert Jahren das erste allgemeine braudbare Werk dieser Art geschaffen, das man damals Konversationslexikon nannte. Gleich nach dem Krieg erschien der „Neue Brodhans“, das Handbuch des Wissens in vier Bänden. Aber die Gegenwart mit ihren nervenaufreibenden Forderungen zwingt jeden, Zeit und Geld auf das wirtschaftliche auszugeben. So ist der Einbänder entstanden, der Kleine Brodhans. Die uns vorliegende erste Lieferung umfaßt mit den Stichwörtern A—Bolschewismus eine überreiche Fülle von Stichwörtern aller Art und ist geschmückt mit vielen wertvollen und lehrreichen Bildtafeln und Karten, in und außer dem Text; auch prächtige bunte Bilder sind dabei. Angerdem enthalten die 80 Seiten der ersten Lieferung 443 klar ausgeführte Textabbildungen. Der Kleine Brodhans befließt sich einer neuen Aussprachebezeichnung, der eine leichtverständliche Schreibung zugrunde gelegt ist. Mit Hilfe eines geschickt ausgebachten Systems schnell einzuprägender Abkürzungen und Zeichen ist es möglich geworden, die ungläubliche Zahl von Angaben unterzubringen. Besondere Diagramme stellen die wirtschaftlichen Verhältnisse dar, z. B. die Arbeitslosigkeit und Auswanderung mit dem stürmischen Auf und Ab ihrer Linien. Die Lieferung kostet nur 1,90 M. und ungefähr alle 14 Tage soll eine neue Lieferung erscheinen bis zur zehnten, mit der das Werk abschließt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Einsetzung der Verbandsgelder. Es werden immer noch in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbeträge am Orte zurückgehalten. Nach den Bestimmungen des Statuts sind alle überschüssigen Verbandsgelder spätestens vor Ende jeden Monats an die Verbandskasse einzufenden. Alle nach dem 30. Juni eingezahlten Beträge können erst in der Abrechnung für das 3. Quartal zur Berrechnung kommen.

Die örtlichen Bevollmächtigten und die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbeträge nicht zurückgehalten, sondern an die Verbandskasse abgeführt werden; für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen haftbar.